

Die Friedensfrage.

Der dreitägige Aufenthalt des Ministers des Aeußern in Berlin hat zu vollständig falschen Kommentaren Anlaß gegeben. Die Ursache dieser haltlosen Gerüchte wollen wir hier nicht weiter untersuchen. Männer, die an den Berliner Verhandlungen nicht teilgenommen haben und die gar nicht wissen konnten, was dort gesprochen wurde, haben Nachrichten in die Welt gesetzt, die von anderen als ernst und vollwertig genommen wurden. In der nervösen, erregten Zeit, in der wir leben, haben diese durchaus unbegründeten Erzählungen Eindruck gemacht.

Der Minister des Aeußern hatte pflichtgemäß den Wunsch, sich mit dem neuen Reichkanzler halbmöglichst über alle großen schwebenden Fragen auszusprechen, und es lag ihm daran, dem bedeutend älteren, mit Arbeit überbürdeten Grafen Hertling die Mühe einer Reise nach Wien zu ersparen. Der Komplex der Fragen, die heute zwischen Wien und Berlin zu erörtern sind, ist ein sehr großer; dreitägige Konferenzen genügen knapp, um die verschiedenen Themen zu erörtern. Unter diesen Fragen wurde natürlich auch die polnische besprochen; das ist richtig. Es ist ja die Pflicht der leitenden Staatsmänner, sich über die großen aktuellen Fragen zu beraten und sie vorzubereiten, bevor sie dieselben den übrigen kompetenten Faktoren unterbreiten. Auf eine andere Art sind ja Staatsgeschäfte überhaupt nicht zu machen. Die Ereignisse auf

der Weltenbühne überstürzen sich. Niemand kann wissen, wie nahe oder wie fern der Friede ist. Um gemeinsam und mit Erfolg auf der Friedenskonferenz auftreten zu können, müssen die Verbündeten sich untereinander über die zu verfolgenden Richtlinien klar sein.

Wenn nun aus dieser Tatsache gewisse Parteien bei uns den Schluß ziehen, der Minister des Aeußern habe eine Schwenkung in seiner Politik gemacht oder stehe im Begriffe, eine solche vorzunehmen, so ist dies eine grundsätzliche Auffassung, welcher auf das allerenergischste entgegengetreten werden muß. Das Programm der k. u. k. Regierung hat sich nicht um Haarsbreite verschoben. Das Ziel bleibt dasselbe: die halbmöglichste Erreichung eines ehrenvollen Friedens.

Polen ist ein selbständiger Staat. Die neuen Mächthaber in Rußland kongedieren dem polnischen Volke das Recht, über sein künftiges Schicksal selbst zu entscheiden. Deutschland und wir haben dem Wunsche des polnischen Volkes bereits Rechnung getragen und seine selbständige Staatlichkeit anerkannt. Wenn Polen am Tage des Friedensschlusses den Wunsch ausspricht, einen engeren Anschluß an die österreichisch-ungarische Monarchie zu suchen, so wird kein Grund vorhanden sein, das Königreich von uns abzustößen. Polen ist ein selbständiger und ein uns befreundeter Staat; er wird selbst über sein künftiges staatliches Schicksal entscheiden.